

Öl ins Feuer des Krieges

Das Sudan-Engagement der OMV wurde in den letzten Monaten immer wieder heftig kritisiert. Am 16. Mai fand kurz vor der OMV-Hauptversammlung in der Diplomatischen Akademie eine von den Grünen und der Sudan-Plattform organisierte Diskussionsveranstaltung statt. *Von Thomas Schmidinger.*

Der österreichische Erdölkonzern OMV besitzt in einem Konsortium mit der schwedischen Lundin, der malaysischen Petronas und dem staatlichen sudanesischen Erdölkonzern Sudapet im Block 5a bei der Bohrstelle Thar Jath 1 Förderrechte, die bisher allerdings nur zu Forschungsbohrungen genutzt wurden. Nicht zuletzt aufgrund des massiven Drucks von Menschenrechtsorganisationen in Europa nahm die OMV bisher Abstand davon, die kommerziellen Bohrungen im Block 5a in der südsudanesischen Provinz Upper Nile zu beginnen. Im Jänner dieses Jahres hatte die OMV nach massiven Protesten, aber auch infolge der sich zuspitzenden Kampfhandlungen in der Förderregion ihre Sudan-Aktivitäten suspendiert.

Öl für Waffen

Für die bewaffnete Opposition, insbesondere die Sudan People's Liberation Army unter John Garang, ist die Infrastruktur der noch jungen Erdölindustrie des Sudan in den letzten Jahren zum Hauptangriffsziel ihrer militärischen Aktivitäten geworden.

Dies hat seinen Grund nicht zuletzt in der Verwendung der Einnahmen aus dem Erdölgeschäft durch die Regierung. Bei meiner letzten Reise in den Sudan berichtete mir Farouq Kaduda, Wirtschaftsprofessor an der Ahlia University in Omdurman und Mitglied des ZK der verbotenen Kommunistischen Partei des Sudan, dass der Großteil der Einnahmen des Ölgeschäfts direkt in Waffenkäufe und den Ausbau der militärischen Infrastruktur der Regierungsarmee fließt, ohne zuvor im Budget der Regierung Eingang zu finden.

Auch die Angaben vieler unabhängiger BeobachterInnen stimmen mit diesen Angaben überein. Die täglichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft betragen rund eine Million US-Dollar. Die gleiche Summe „investiert“ die Regierung in den Krieg gegen die SPLA im Süden und deren Verbündete der National Democratic Alliance (NDA) im Norden.

General Muhammad Yassir von den Regierungstruppen setzte bereits Ende der 90er Jahre auch öffentlich seine Hoffnungen auf die wachsenden Einnahmen aus der Erdölförderung: „Wir werden dank der wachsenden Ölindustrie in der Lage sein, alle Waffen, die wir brauchen, selbst zu produzieren.“

Für die dringend notwendigen Investitionen in die Infrastruktur des Landes bleibt bei solch einer Prioritätensetzung kein Geld. Während im Westen und Süden des Landes alljährlich am Ende der Trockenzeit Wasserstellen austrocknen und die Versorgungslage der Bevölkerung so kritisch wird, dass immer wieder Menschen in entlegenen Regionen verhungern und bei Kämpfen um die letzten Wasserstellen ums Leben kommen, werden die gesamten Einnahmen aus dem Ölgeschäft in die Zerstörung der letzten Reste der noch vorhandenen Infrastruktur gesteckt.

Angesichts dessen ist es kaum verwunderlich, dass die Rebellen der SPLA in der Ölförderindustrie einen strategischen Hauptfeind sehen und sowohl Bohrtürme als auch Pipelines immer wieder Ziele von Anschlägen werden.

Da die SPLA nicht nur aus regulären Kämpfern, sondern auch aus ZivilistInnen, die ein „normales“ Leben führen, aber gelegentlich zu Sabotageakten schreiten, besteht, bringt dies die Regierung wiederum dazu, die gesamte Bevölkerung in den Ölfördergebieten als potenzielles Sicherheitsrisiko zu sehen. Deshalb werden nicht nur alle Arbeiter in der Ölindustrie genauestens auf ihre politische Einstellung hin überprüft, sondern auch ganze

Dörfer vertrieben und Landstriche „ethnisch gesäubert“.

Flüchtlinge wie Hilfsorganisationen berichten über systematische Vertreibungen sowie Bombardierungen und Verbrennungen ganzer Dörfer in Südkordofan und in den Erdölgebieten des Südsudan. Nach einem regionalen Waffenstillstandsabkommen in den Nuba-Bergen in Südkordofan haben sich die Kampfhandlungen in den letzten Monaten zudem immer mehr in die Provinz Upper Nile verlagert, genau in jene Region, in der das Konsortium der OMV ihre Förderrechte besitzt.

Zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg

Der Bürgerkrieg im Sudan flammte bereits 1983 in den letzten Jahren der Herrschaft des Militärdiktators Gafar al-Numayris wieder auf, nachdem dieser die Autonomie der Südregion durch die Zerschlagung in mehrere Teilautonomien einschränkte und schließlich mit den „September-Gesetzen“ seine Version der Sharia einführte.

Die demokratischen Regierungen unter Sadiq al-Mahdi von 1985 bis 1989 waren aber nicht fähig, diesen Krieg zu beenden, und als mit dem Militärputsch vom 30. Juni 1989 eine Allianz aus islamistischen Militärs um Umar al-Bashir und der von Hasan al-Turabi geführten Abspaltung der Muslim-Bruderschaft „Nationale Islamische Front“ (NIF) an die Macht kam, sanken die Chancen auf eine politische Lösung des Konfliktes gegen Null.

Nicht zufällig fand der Putsch genau an jenem Tag statt, an dem nach Verhandlungen mit der südsudanesischen Guerilla SPLA die „September-Gesetze“ als Voraussetzung für einen Frieden nach dem jahrzehntelangen Bürgerkrieg abgeschafft werden sollten.

Obwohl Hasan al-Turabi, damals Parteichef der von Muslim-Brüdern gegründeten National Islamic Front (NIF), wie alle Parteichefs des Mehrparteiensystems unter Hausarrest gestellt wurde, stellte sich bald heraus, dass der Putsch mit Duldung oder gar aktiver Unterstützung der NIF zustande gekommen war. Jedenfalls wurden die Restriktionen gegen NIF-Funktionäre schnell aufgehoben und die wichtigsten Staatsämter mit Leuten aus dem Umfeld Hasan al-Turabis besetzt. Hasan al-Turabi wurde zum Ideologen und starken Mann des Regimes.

Verbunden mit scharfer Repression gegen politische Gegner versuchte die Koalition aus islamistischen Militärs und alten NIF-Funktionären den Sudan in den Folgejahren in einen islamischen Staat nach ihren Vorstellungen umzuwandeln.

Heterogene Opposition

Die organisierte Opposition beteiligte sich jedoch weder an den folgenden Scheinwahlen noch am Aufbau der „non-party-democracy“. Bereits wenige Monate nach dem Putsch einigten sich hingegen alle relevanten Oppositionsgruppen des islamisch-arabisch dominierten Nordens, eine gemeinsame Dachorganisation, die National Democratic Alliance (NDA), zu gründen.

Von Anfang an waren sowohl die traditionell religiösen Parteien, die der Bruderschaft der Mahdiya nahe stehende Umma-Partei, die dem Sufi-Orden der Khatmiya nahe stehende DUP, als auch die Kommunistische Partei des Sudan sowie eine Reihe von Gewerkschaften, Frauenorganisationen und anderen Gruppierungen der Zivilgesellschaft Teil dieser sehr heterogenen Allianz. Seit einigen Jahren beteiligen sich auch die wichtigsten bewaffneten Gruppen des Südens, insbesondere die SPLA John Garangs, an diesem Oppositionsbündnis. Während jedoch die Breite des Bündnisses einerseits die Stärke der NDA ausmachte, bildeten die widersprüchlichen Interessen dieser Parteien und Gruppierungen auch das entscheidende Problem für ein gemeinsames Handeln.

Insbesondere die Umma-Partei, deren Parteichef Sadiq al-Mahdi der Schwiegervater Hasan al-Turabis ist, führte immer wieder Geheimverhandlungen mit der Regierung und scherte damit aus der gemeinsamen Linie der NDA aus.

Sadiq al-Mahdi kehrte schließlich bereits vor über einem Jahr wieder nach Khartoum zurück.

Mittlerweile folgte ihm auch die Führung der DUP, womit die beiden stärksten Parteien die NDA verlassen haben und im Gegensatz zur NDA eine „systemimmanente“ Opposition aufbauen.

Interessengegensätze innerhalb des Regimes

Der Sudan wurde mit der Machtübernahme Bashirs, wenn man vom traditionell islamistischen Saudi-Arabien absieht, zum ersten sunnitischen Staat, in dem Islamisten die Macht übernehmen konnten. Während die islamische Revolution im Iran eine schiitische Revolution war und allein schon dadurch nicht so einfach als Exportprodukt in die zu 90 Prozent sunnitische islamische Welt dienen konnte, erhofften sich sunnitische Islamisten aus der Machtübernahme im Sudan den entscheidenden Ausgangspunkt zur Machtübernahme in der sunnitisch dominierten islamischen Welt.

Und tatsächlich entfaltete die ehemalige NIF Hasan al-Turabis zu Beginn der neunziger Jahre eine bedeutende internationale Aktivität. Khartoum entwickelte sich für einige Jahre zum internationalen Zentrum des Islamistischen Konferenztourismus, was aufgrund der dadurch verschärften Konflikte mit Europa und den USA aber der Militärführung um Präsident Bashir nicht immer behagte.

Während auf staatlicher Ebene die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Saudi-Arabien weiter ausgebaut wurden, kam im Zuge dessen auch der saudische „islamische Kapitalist“ Usama Bin Laden in den Sudan.

Bis heute ist nicht geklärt, was Bin Laden im Sudan tat. Während der Sohn Hasan al-Turabis kürzlich erklärte, Bin Laden hätte nur als normaler Bürger in Khartoum gelebt, so behaupten heute westliche Geheimdienste, er habe im Sudan geheime Ausbildungslager für seine terroristischen Aktivitäten unterhalten.

Die gegensätzlichen Interessen von Militärs und Ideologen verschärften sich in der Folge aber auch in anderen Bereichen. Während Turabi für die Durchsetzung seines „Islamischen Staates“ seine Bereitschaft signalisiert hatte mehrheitlich nichtislamische Gebiete im Süden des Landes nach einer Volksabstimmung in die Unabhängigkeit zu entlassen, wollten die Militärs diese Gebiete keinesfalls aufgeben.

Dieser Interessengegensatz spitzte sich im Herbst 1999 zu und endete schließlich mit der Absetzung und Verhaftung Turabis und der Gründung einer eigenen Oppositionspartei durch den politischen Überlebenskünstler Turabi, der sich mittlerweile wieder in Freiheit, aber ohne politische Ämter, befindet.

Wenig Druck von außen

Seit der Absetzung Turabis haben es die Militärs um Umar al-Bashir geschafft, sich insbesondere in Ägypten als „Garanten gegen die Extremisten“ darzustellen. Das gespannte Verhältnis der beiden Staaten ist seither spürbar besser geworden. Ägypten drängte die beiden wichtigsten Oppositionsführer der beiden größten Parteien vor dem Putsch, der Umma-Partei und der Democratic Unionist Party (DUP), zu einer Aussöhnung mit dem Regime.

Durch die Rückkehr der beiden Parteiführungen in den Sudan sitzt die Regierung heute trotz Bürgerkrieg und einer desaströsen Menschenrechtsbilanz fester im Sattel denn je. Dazu dürfte auch die Wirtschaftspolitik der Regierung beitragen, die sich durch einen islamischen Neoliberalismus auszeichnet, der zwar zu einer weiteren Verarmung der Bevölkerung führte, aber auf makroökonomischer Ebene die besten Wirtschaftsdaten liefert, die der Sudan seit seiner Unabhängigkeit zu verzeichnen hat.

Im Gegensatz zur letzten demokratischen Periode wird der Sudan heute vom IWF nicht mehr als kreditunwürdig eingestuft. 2000 gelang es der Regierung sogar erstmals, die fälligen Kreditrückzahlungen pünktlich zu begleichen. Auch dabei dürften die Einnahmen aus dem

Erdölgeschäft eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Dabei gilt es jedoch nicht zu vergessen, dass der überwiegende Teil dieser Einnahmen sowieso nicht im Sudan bleibt, sondern von den internationalen Ölkonzernen, insbesondere der staatlichen chinesischen CNPC, aber in Zukunft wohl auch der OMV abgeschöpft wird. Am 24. Mai wurde der Aktionärsversammlung mitgeteilt, dass die OMV nach Vorliegen des Berichts der britischen Gruppe Control Risk über Verbleib im oder Verlassen des Sudan entscheiden wird.

Planet, Zeitung für politische Ökologie, Nr. 26, 08-10/2002